

# Kaukasische Post

Preis der Einzelnummer 50 Hbl.  
Jahrespreis 24  
3/4 1/2 1/2 1/2

Die Geschäftsstelle befindet sich zeitweilig im Kontor W. F. Tröber, Barjatinstraße 26 B. Bürostunden; werktäglich von 12-2 Uhr vormittags (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2mal wöchentlich

am Mittwoch und am Sonntag

Bezugspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 450 Hbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3mal gefaltete Kleinzeile auf der ersten Seite 40 Hbl., auf der 4. Seite 30 Hbl. Draueranzeige 1600 Hbl.

Nr. 10.

Tiflis, Sonntag, den 6. Februar 1921

13. Jahrgang

## Bekanntmachung.

Die Tifliser Abonnenten der „Kaukasischen Post“ werden gebeten, die Ihnen fehlenden Nummern der Zeitung aus dem „Deutschen Kooperativ“ abzuholen.

Der Vorstand der Tifliser Ortsgruppe

Deutsches Kooperativ zu Tiflis.

Einladung zur ordentlichen

## Generalversammlung

der Mitglieder des „Deutschen Kooperativs“.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes;
2. Rechenschaftsbericht für 1920;
3. Bericht der Revisionskommission;
4. Voranschlag bis Juli 1921;
5. Ergänzungswahlen des Vorstandes H. § 44 der Statuten;
6. Neuwahl der Revisionskommission;
7. Vergrößerung des Betriebskapitals; 2. monatliche Beiträge.

Die Versammlung findet im Saale des Deutschen Realgymnasiums am 18. Februar 1921, um 5 Uhr abends, statt.

Laut § 43 der Statuten findet, falls zur Erklärung der Sitzung nicht die erforderliche Zahl von Mitgliedern anwesend sein sollte, eine zweite Sitzung um 6 Uhr statt, ungeachtet der Zahl der anwesenden Mitglieder. — Laut § 35 der Statuten müssen etwaige Anträge der Mitglieder bis zum 6. Februar a. e. der Verwaltung schriftlich eingereicht werden.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
Die Verwaltung.

## Zur Pariser Konferenz.

Der Beschluß der Pariser Konferenz über die 226 Millionen, welche Deutschland zahlen soll, obwohl zwar, daß der ungeschickliche Friede Brände und kein Argwohn; denn aus diese Forderung nicht, auskommen wird, so ist Frankreich vorerst einen Konkreten Erfolg gekehrt hat. Denn es ist über die eventuelle Transaktion nicht klüger und der Gegenstand Frankreich - Deutschland nicht aus der Welt entfernt. Nicht einmal die Stellung der armen Geschädigten ist ungenügend schiedlos durch ihre Zustimmung zu der völlig unangenehmen Forderung. Jetzt heißt es, diesen Konferenzbeschlüssen in die Wirklichkeit umzusetzen, die Milliarden tatsächlich schuldig zu machen, sich zu einigen über die Mittel, mit denen diese unumgängliche Summe einzutreiben ist. Die Entscheidung über diese Frage wird von entscheidender, das Schicksal Europas entscheidender Bedeutung sein.

Denn eine solche hätte schon und mit aller Entschiedenheit sein: die Zahlung ist unumgänglich, und keine deutsche Regierung kann sich zu ihr verpflichten, wenn heraus Vertragstreue und Ehrlichkeit - auch nur den leinsten Wert legt. Und zwar nicht mit der Erlaubnis seiner Verbündeten, denn zur Befreiung des Ruhrgebietes und anderer deutscher Gebiete ist freier. Damit wird zwar keine Milliarde mehr in seinen Staatskassen liegen, wohl aber wird es Gelegenheiten geben, die heißt, dank der Unmöglichkeit der Reparation, wieder auf den Friedensfuß und gebrachte Sozialforderung aus einwandfreie heranzumindern. Im besten Ausnahmefall macht kein Arbeiter Arbeitenden! Frankreich wird damit seinen Kostenbezug erheblich gefährden und den Deutschen nahezu unendlich machen. Die Produktion in Deutschland wird infolge dessen erliegen und mit ihr alles, was die deutsche Regierung in den zwei Jahren seit dem Zusammenbruch an Arbeitslohn und Arbeitswillen, an Ordnungstreue und neu erwachter Ehrlichkeit wieder im deutschen Volk erweckt und gefestigt hat. Neuer Mangel und neue Not werden die Widerstandskraft

besonders der deutschen Arbeitermassen schwächen, und sie, was sie bis heute in einem verhältnismäßig geringen Maße sind, für die kriegsbedingten Verluste des Volkswirtschafts unendlich machen. In den Pariser Redaktionsbüchern fällt man den Volkswirtschaft für ein von der deutschen Propaganda erhaltene, leichtes Erzeugnis. Wir hier in Karlsruhe, an der Grenze von Arbeitern, in einem Bande des Nichtwissens aller Art aus der russischen Hilfe zu rufen, nur zu lebendiges Erzeugnis für die Volkswirtschaft ist. Er wird sich auf zu - bis zum letzten geordnet und zur Verwirklichung getriebenen Zustand als auf seine rechte Seite, und ihm wird in Europa nur ein freier, geordnetes sein, das von seinen Arbeitern in jeder Hinsicht nicht einbringen konnte, dem also zu jedem Fußten alles fehlt, was Deutschland ihm freizulassen und tatsächlich nicht angeboten hatte und seinen wahren, ein freies, das zwar ganz Europa in den Abgrund seiner unruhigen Politik geführt hat, aber dann mit Scheitern sein wird, wie nahe es selbst am Abgrund dieses zynischen Unterganges liegt.

Denn liegt noch nicht vor, als ein Konferenzbeschluss, über den in London nochmals mit den deutschen Vertretern verhandelt werden soll, und gegen den Amerika mit dem ganzen Gewicht seiner wirtschaftlichen und industriellen Stärke protestieren will. In das nächste Wochen ist es fast erwiesen, daß unter Richtung der Reichsregierung werden soll. In einer der existierenden deutschen Dokumente aus der Zeit des Berliner Friedensschlusses heißt das Wort: „Ein 60 Millionenwert, aber es ist nicht 60.“ Es wäre für die ganze Welt ein Unglück, wenn dieses 60 Millionenwert nicht dem Reinen gesehen und schließlich an seinen und Europas Nutzen gehen könnte, sondern gezwungen würde, sich dies Leben erst zu erkaufen.

## Politische Nachrichten.

In Ergänzung des Berichts in der vorigen Nummer unseres Blattes über die Ergebnisse der Pariser Konferenz, sind wir jetzt in der Lage, noch folgende Beschlüsse veröffentlichen: „Die völlige Entlohnung Deutschlands ist bis zum 1. März hinausgeschoben. Sie wird ebenfalls erfolgen. Die Bürgerwehr nach dem 30. Juni angefallen. Zum Bekande der Polizei dürfen nicht mehr als 150.000 Mann gehören. Ende Februar müssen sämtliche auf die Streitkräfte bezügliche Dokumente übergeben sein. Ende April müssen alle Reparationszahlungen angesetzt sein. Alle im Ban befindlichen Kriegsschiffe müssen vernichtet werden. Beschlüssen sind alle Unternehmungen verweigert zu werden. Keinerlei Unternehmungen oder Teilnahmen an Waffenschiffen.“ (Der weitere Wortlaut des vorstehenden Punkts aus dem Namen vom 31. 1. ist verflüchtigt wiederzugeben und lassen wir ihn dabei fort). — Die Beschlüsse der Pariser-Konferenz wurden der deutschen Regierung sofort überreicht und von letzterer, in der Person des Reichsfinanzministers Dr. Simons, zur Kenntnis des Reichstags gebracht. Letzterer verlas im Anschluß hieran namens ersterer eine Erklärung, die an die Entente zunächst bezüglich obiger Beschlüsse und der Schritte, welche in nächster Zeit unternommen werden sollen, zu richten beabsichtigt wurde. Er wies zugleich darauf hin, daß an die deutsche Regierung zu der Zeit Ende Februar in Ansehung geschehener Ergänzungskonferenz in London bisher keine Einladung ergangen sei, weshalb auch eben wieder von einer Annahme, noch von einer Ablehnung derselben die Rede sein könne. Jedemfalls könne er schon jetzt sagen - dazu sei er bevollmächtigt - daß eine Verhandlung auf der Grundlage der gegenwärtigen Anträge der Entente zwecks weiterer Verhandlungen mit dieser von vornherein ausgeschlossen erscheint. „Unsere Gegner“ - so sprach der Minister seine Erklärung - „müssen wissen, daß wenn sie uns zwingen wollten, ihre Anträge anzunehmen, sie nicht das bekämen, was wir ihnen laut gültiger Abmachung bei-

willig gegeben hätten.“ Die Erklärung des Ministers wird von allen Anwesenden ohne die geringste Unterbrechung angehört, hernach aber durch Beifallstößen zugestimmt. Der Präsident des Reichstags macht sodann den Vorschlag, die Beschlüsse über die Erklärung der Regierung auf die nächste Sitzung des Reichstags, die in kürzester Zeit stattfinden werde, zu verlegen. — Mittlerweile äußert sich die gesamte deutsche Presse zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz. Es sei durch sie eine Lage geschaffen worden, die an die schwersten Stunden erinnere, welche die Nationalversammlung in Weimar durchlebte, als sie sich gezwungen sah, den Gewaltfrieden zu unterschreiben. Die französische Presse kritisiert es, wenn auch nicht direkt, so doch mit greifbarer Deutlichkeit, daß der eigentliche Grund der Pariser Konferenz mit ihren Beschlüssen verfolge, die Befreiung des Ruhrgebietes sei, in dem sie eine Verwaltung schaffen wolle, anstatt der in Leipzig, Weichen, Lothar und der Türkei bestehenden. Dagegen auf die Beschlüsse der Konferenz näher einzugehen, bewerten die Zeitungen in einzelnen folgendes: „Das „Vorläufer“ Tagesblatt, die Entente wolle sich hüten vor einer Wiederholung des Beschlusses, welcher bei der Unterzeichnung des Berliner Friedens befangen worden sei; der „Sozialdemokratische Vorwärts“, es gäbe keine Regierung, welche sich gegen den Willen des ganzen Volkes brechen ließe, die Bedingungen der Entente zu unterschreiben. Die „Rote Fahne“, das Organ der „Unabhängigen“ (Sozialdemokraten), der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sei das politische Bündnis mit Sowjet-Rußland; die nationalistische „Deutsche Zeitung“, die Franzosen kritisiere die Durchführung einer Gewaltspolitik; die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“, der Bolschewismus triumphierte, auf die Entente sei nicht mehr zu rechnen; die „Rheinische Zeitung“ behauptet die Unterjochung des deutschen Volkes u. d. d. Verkrüppelung seiner Unabhängigkeit für lange Zeit usw. — Die Einmütigkeit der öffentlichen Meinung gegenüber den Forderungen der Pariser Konferenz wurde aber durch eine gewisse Mißstimmung abgeklärt, die sich bei fast allen politischen Parteien bemerkbar machte infolge der Bereitwilligkeit der Regierung, der Entente Gegenvorschlüsse zu machen und dabei ihr das Hochmaß der möglichen Leistungen Deutschlands abermals vor Augen zu stellen. Es sei dies ungenügend, zu glauben, daß man in Paris und in London überhaupt noch den Vorstellungen der deutschen Regierung Gehör schenken werde usw. — Diese Mißstimmung kam nun auf der nächsten Reichstagsungung in den Reden der Abgeordneten fall aller Parteien zu deutlichem Ausdruck. Dr. Simons erklärte darauf, zurücktreten zu wollen. Dr. Simons Austritt aus der Regierung dürfte den Mitglieder des ganzen Kabinetts zur Folge haben. — Doch in diesem Falle nur ein Kollisionsministerium an seiner Stelle treten würde, gilt als selbstverständlich, doch haben die Reichstagssozialisten bereits erklärt, daß sie in ein solches Kabinett nicht einzutreten wünschten. Die Situation verschimmert sich deshalb zusehends und drückt den Charakter einer nationalen Gefahr anzunehmend. Die zweite Revolution“ von der immerfort gesprochen wurde, könnte zur Tatsache werden, wenn nämlich die anarcho-gesellschaftlichen Ansichten der monarchisch-gesellschaftlichen Parteien das Zeit in die Hand bekämen. Eine solche neue politische Erschütterung Deutschlands würde natürlich ganz Europa mitterschüttern. Angeht dieser Gefahr gilt die Hoffnung als noch nicht ganz ausgeschlossen, daß die Londoner Konferenz die überlebten Beschlüsse der Pariser Konferenz „revidieren“ werde.

## Deutschlands Handel mit Oesterreich.

Die oesterreichische Regierung hat eine Statistik ihres Außenhandels mit Deutschland, der Tschecho-Slowakei, Polen und Italien für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920 hergestellt, welche folgende Angaben bezüglich Deutschlands aufweist: In der Berichtsperiode nimmt, wenn die Mengen in Betracht gezogen werden, der Verkehr mit Deutschland in der Einfuhr die erste, in der Ausfuhr die dritte Stelle ein. Bei Zugrundelegung der durch Schätzung ermittelten Werte rückt Deutschland bei der Einfuhr an die zweite Stelle, bei der Ausfuhr erhält es die dritte. Die Wertziffern sind hierbei nach den Preisen vom Nov. 1920 errechnet. Danach bezog Oesterreich von Deutschland Waren im Werte von 13,4 Milliarden Kronen. Von diesen Ziffern entfallen aus Rohle und Rots 3,3 Milliarden, auf Eisen und Eisenwaren 1,7 Milliarden, auf Maschinen 1,1 Milliarden, auf elektrische Maschinen und Apparate 1 Milliarden, auf Fark-, Arzneiwaren und Feinstoffe 900 Millionen, auf Seide und Seidenwaren 580 Millionen, auf unedle Metalle und Waren daraus 460 Millionen und auf Papier und Papierwaren 450 Millionen Kronen. Die oesterreichische Ausfuhr nach Deutschland erreichte den Wert von 5,4 Milliarden Kronen; hier stehen an erster Stelle unedle Metalle und Waren, daraus für 530 Millionen Kronen und Kürschnerwaren mit 580 Millionen Kronen.

## Griechenlands Handel mit Deutschland.

Der Handel mit Deutschland ist in Griechenland erst seit dem Herbst 1919 amtlich wieder gestattet. Die griechischen Kaufleute machten verhältnismäßig große Zielungen und Einkäufe in Deutschland, dessen Importerzeugnisse sie während des Krieges sehr entbehrt hatten. Im ersten Halbjahr 1920 wurden durch Vermittlung Allgemeiner Banken über 22 Millionen Mark zur Bezahlung von Waren nach Deutschland überwiesen. Sehr erschwert wurde der deutsche Handel bisher durch die infolge des Eintritts Griechenlands in den Krieg (1917) erfolgte Ausrückung des deutsch-griechischen Handelsvertrags vom 27. Juni (9. Juli) 1844. Eine Reihe deutscher Waren, die früher nach dem Vertragstafel behandelt wurden oder Zollfreiheit genossen, werden seitdem nach dem bedeutend höheren Generaltariff verzollt. Für viele Waren gibt es

jedoch keinen Vertragstarif, und somit werden die deutschen Waren „ebenso behandelt wie“ die übrigen. Andere Waren sind überhaupt zollfrei, was daher auch für Waren deutscher Herkunft gilt. Besondere Nachfrage besteht für folgende Waren: chemische und pharmazeutische, optische und chirurgische Artikel, Farben, Glas- und Tonwaren, Kraftwagen, elektrische Maschinen und Apparate, Wertzeugmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Dendereimaschinen, Motoren, Kleinsisen- und Metallwaren, Beleuchtungs- und Feinzeugartikel, Gummiwaren, wissenschaftliche und Musikinstrumente, phlogographische Artikel, Papier- und Schreibwaren, Spielwaren u. a. („Industrie u. Handelszeitung“).

## Die Wirtschaft des Kommunismus.

(Schluß.)

Zukunftshoffnungen.—Der Arbeitslohn. Goldschmidt freilich steht über dies u. über die unmittelbar drohende Krise, die Sowjet-Rußland in diesem Winter — hat doch Lenin gesagt, daß Rußland diesen Winter wie den vergangenen nicht noch einmal überleben könne — in noch schwächerer Glend zu rücken droht, sogar weit hinaus. Er bezweifelt sich an den unerschöpflichen natürlichen Hilfskräften des riesigen Landes, an den unbegrenzten Möglichkeiten, die eine rationelle Umpuppierung der Industrie, eine georgiathe elektrische Energieerzeugung, eine Abwägung Erschließung von Raueinnahmestellen (ausgehendlich allerdings „im Ausland so dümmeitellarm, wie nie zuvor“) und eine Nationalisierung der russischen Landwirtschaft erreichen soll. Und im Angesichte der Hoffnungen einiger Studienkommissionen über neuentdeckte Bodenschätze ruft er dithyrambisch: „Die alte Not drängte nach Ordnung, der neue Reichtum drängte nach Ordnung. Die Riesenproduktion, der man sich näherte, konnte gar nicht ohne Neuordnung bewältigt werden, ohne Stilllegung der Verschwendungskräfte, der Zerplitterungsarbeit, ohne Stärkung der Produktionsförderungskräfte. Die Mannhaftigkeit wurde eine Zwangsgabe. Die Bewußtheit wurde gedrängt. Es war nicht mehr ein mechanisches Ordnen, sondern auch ein Sezennerorden, und das ganze bisherige Menschennetz erhielt lächerlich und klein gegenüber diesem Fabelreichtum. Solche Worte sind heute Zukunftsmut. Sie haben mit den Realitäten

der Gegenwart und der nahen Zukunft nichts zu tun. Wohl hat einer der führenden Sowjet-Organisatoren, Krihanowski, großartige Elektrifizierungspläne ausgearbeitet. Und wenn man mit Erklaumen in der Darstellung dieser Elektrifizierungsperspektive plötzlich auf den Satz stößt: „Eine Rückfunktante ist schon in Saage. Sie wurde vor dem Kriege (I) von deutschen Firmen gebaut“, so wird berzunge, dem sonst die sachlich Unterlagen fehlen, die Möglichkeit genos nicht bestreiten wollen, das auch abgesehen von dem Aufbau der teerzri Drganisation manches Aufbaueude schon geleistet worden sei. Eine Recht hervortragender wirtschaftliche Kenntnisse hat Sowjet-Rußland offenbar zu sich heranzuziehen vermisst. Plänen, — wie Bernhard Ruffel in der „Nation“ schreibt, — vom Typus des erfolgreichen Geschäftsmannes, von der Art von Mächtigkeit, die nicht anerkannten self-made-Errufnungsmittel häufig ist, nur daß sie für Erfolg und Macht arbeiten und nicht für Geld. Führung ist also von. Und mit dem Mittel der Entleerungsknoten kann man auch Arbeiter beschäftigen, die ein Elektrifizierungsbau. Nur muß man sich klar sein, daß solche Arbeit dann Leistung für die Zukunft auf Kosten der Gegenwart ist, daß sie (was trotzdem sehr lang sein kann) der Zukunft zuliebe Kräfte abfordert, die demnach der Versorgung der Gegenwart mit unmittelbar bedingenden Gütern nicht dienen können. Auch die kommunistische Wirtschaft ist ihre Verantwortlichkeit selbst vorausgesetzt, an das etwaige ökonomische Gesez gebunden, das in einer geldlofen Wirtschaft Art recht evident werden würde: daß eine Wirtschaft auf die Dauer nicht mehr, sondern nur zugunzen verbrauchen darf, als sie erzeugt. Auch die kommunistische Wirtschaft Marx hat es deutlich ganz betont — brauche die gesellschaftliche Altkumulation, die Erhaltung von Kapital in Form von Gütern, Maschinen, Verkehrsanlagen, von Bodenmeliorationen jeder Art — diese Bildung von Kapital, die in der privatkapitalistischen Wirtschaft dem Einzelnen obliegt und die in der kommunistischen Wirtschaft von der Gesamtheit geleistet werden müste. Auch in der kommunistischen Wirtschaft müßte ferne die Gesamtheit die große Menge derjenigen miterhalten, die nicht unmittelbar produktiv arbeiten, die Weimern und ihre Zahl ist im Staate der Zentralisierung und Organisation. In Moskau allein gab es Anfang 1920 nach Goldschmidt ihrer 280000), die Soldaten, die Lehrer, die Arbeitslosen, die Kranken

## Feuilleton.

### Der General von Lettow-Vorbeck.

Von einem Kolonialkrieger\*.

P. Es ist im Jahre 1908. In Deutsch-Südwest glüht die Sonne nieder auf die Steinwüste der Karakum-Berge. Ein langer Zug von Soldaten in der Uniform der deutschen Reiter mit dem Schlapphut bewegt sich durch den drückend heißen Morgen. Vor Sonnenaufgang schon haben sie gefastet, und nun geht es seit Stunden in die sengenden Strahlen der afrikanischen Sonne hinein. Sie führen die Pferde am Bügel, und die abgemagerten Tiere stolpern über Stein und Klippen und lassen sich von den neben ihnen gehenden Reitern ziehen. Ab und zu führt ein Soldat seine Feldflasche an den Mund; mit ein paar Tropfen neigt er Gaumen und Zunge; dann löst er traurig auf sein durstendes Pferd, das schon seit zwei Tagen kein Wasser bekommen hat. Jetzt bleibt ein bis zum Geheiß abgemagertes Gaul stehen; seine guten Worte, seine Schläge mehr bringen das arme Tier vorwärts; Jaum und Sattel werden ihm abgenommen, das an allen vier Beinen zitternde Pferd seinem Schicksal überlassen. So geht es seit drei Wochen. Immer auf der Spur des Feindes durch die wasserarmen Berge und steinigem Hochflächen. Immer kleiner ist die Kompagnie geworden. Die wenigen Nachkommittel werden „gehehrt“; man lebt nur noch von halben Portionen. Ab und zu wird ein Pferd geschlachtet.

Der schrige, hagere Offizier an der Spitze des Zuges läßt zuweilen halten und erklimmt eine Höhe, um mit Kompass und Fernglas das Gelände zu sondieren. Straß ist seine Haltung, elastisch ist sein Gang; er allein macht den Einbruch, als wären Reiben und Mäßen an ihm spurlos vorübergegangen. Jetzt heißt er, daß die als Spitz-

vorgefahrenen Eingebornen sich glatt hinwerfen, und gleichzeitig tracht es vor und von setwärts. Das lang ersehnte Ziel, der Feind, ist erreicht. Schnell überfliegt das Auge des Führers das Gelände. Schnell gibt er seine Befehle, erteilt seine Befehle, seine Truppe ist im Kampf gegen den auf nächste Entfernung hinter den Klippen gebundenen, unerschrockenen Feind, gegen die kleinen, gelben Potentotten. Der Führer liegt selbst in der Späzenlinie und schießt. Plötzlich sät er mit der Hand ans Gesicht. Ein feindliches Geschöß hat einen Stein zerplänktert und ihm die Schiller ins Gesicht gejagt. Wird Armit von beiden Augen und verdunkelt sie. In diesem furchtbaren Moment, wo er sich selbst blind glaubt, durchdringt eine übermenschliche Energie den Verwundeten; er bleibt in der Stellung, fährt das Gesicht, bis der Abend sich senkt und der Feind verschwindet. Dieser Offizier war der Hauptmann von Lettow-Vorbeck. Das eine Auge blieb fast geblendet, das andere wurde geküht.

Ähnere Zeit ist überfällig von kriegerischem Ruhm. Das weille Blut Europas ist in Strömen geflossen; die Jugend aller Länder hat sich geopfert. Viele Feldherren und Führer traten mit bezüglichen Laren aus Sicht und wurden bekannt, und heute schon, nach so kurzer Zeit, denkt man über nicht mehr. Die Völker arbeiten heute an den Werken des Friedens. Und doch soll hier von Kriege und von einem Mann des Krieges die Rede sein. Nicht aus den Wogen der Millionenheere ist er aufgelaugt, nicht aus den Schlachtfeldern Europas hebt sich seine Persönlichkeit hervor. Die Gestalt des General von Lettow-Vorbeck zeichnet sich vom Hintergrund der fremden afrikanischen Steppe ab. Von den Qualen des Neger bis zum Kap der Guten Hoffnung wird sein Name von den Schwärmen und den weißen Menschen genannt. Viele nennen ihn mit Schreden, viele mit Liebe, alle mit Bewunderung. Wenn man von ihm spricht, seine Gestalt betrachtet, von seinen Taten liest, so sind es nicht

nur die hohen soldatischen Anlagen, die glänzenden Kampfserfolge, die den Vöer festeln, es ist noch mehr die Erkenntnis der gewaltigen sittlichen Kraft, die alle Handlungen dieses Mannes leitet.

Lettow-Vorbeck war durch die Späke des deutschen Generalstabs gegangen. In den Jahren 1900—1901 hatte er als Teilnehmer an der China-Expedition Gelegenheit, auch die Armeen der anderen europäischen Völker kennen zu lernen. Während des Aufstandes der Hereros und Potentotten 1904—1906 legte er dann in den bitter-schweren Feldzügen gegen diese feurigerischen Naturvölker den Grund zu der unfaßbaren Kenntnis des Bushchleges, die ihn ein Jahrzehnt später zu seiner bewundernswürdigsten Führung in Ostafrika während des Weltkrieges befähigte. Hier, in Südwest war es wohl auch, wo er sich in harten Feldleben inmitten seiner Leute die feilschen und körperlichen Kräfte heranbildete, die seiner Persönlichkeit schließlich den Charakter eines blühenden Haten, und zugleich eines schneidenden, scharfen und unerschwinglich harten Diamanten gaben.

Nach der Rückkehr aus Ostafrika besetzte Lettow das Sedonabattillon in Wilhelmshaven. Er war hier ein besonderer Beschäftigter des Kaisers, und dieser pflegte ihn bei Beschäftigungen wohl anzusehen. Es ist über auch ein persönliches Verdienst Wilhelm II., daß gerade dieser Offizier im Jahre 1914 auf den Posten des Kommandeurs der Schutztruppe von Deutsch-Ostafrika berufen wurde. Kurz vor dem Kriege trat von Lettow-Vorbeck seine neue Stellung an. Deutsch-Ostafrika war die größte und fruchtbarste Kolonie des Deutschen Reiches. Es ist etwa zweimal so groß als Deutschland. Wäre die Welt das „Vordere“ das dichteste afrikanische Busch, wärdien als mit unzähligen fruchtbaren, teilweise auch von Regenwäldern dicht besetzten Gebieten. Diese Fruchtbarkeit der Kolonie wärd bestanden werden, ohne sie wäre auch ein so genialer Soldat wie Lettow-Vorbeck nicht zu einer so nachhaltigen Vertiefung imstande gewesen. (Schluß folgt.)

und Invaliden und andere mehr. Auch in der kommunistischen Wirtschaft, Barga führt es aus, könnte keine Rede davon sein, daß die Arbeiter, auch die im staatlichen Betriebe produktiv arbeitenden, ihren vollen Arbeitsvertrag erhalten. Ob die Kosten für den in produktiven Teil der Bevölkerung geldwirtschaftlich durch Steuern eingezogen werden, ob auf indirektem Wege durch Preissteigerung der in den staatlichen Betrieben erzeugten Waren, ob bei wirklicher Naturalwirtschaft durch Minderzuteilung von Gütern, das ist gleichgültig. Entscheidend für den Lebensstandard der Bevölkerung ist die Menge der Güterzeugung, ist die Menge und der Ertrag der Arbeit. Und daß die kommunistische Wirtschaft mit ihrer Organisation den Arbeitsvertrag besser steigere, als die freie Tätigkeit der im Daseinstampfe alle Kräfte auf äußerste anspannenden Millionen von Einzelnen, diesen Beweis hat sie, soweit wir heute urteilen können, bisher weder in Sowjet-Ungarn, noch in Sowjet-Rußland erbracht.

Zum Schluss heißt es in dem hier wiedergegebenen Artikel der „Frankf. Btg.“:

„Das alles ist nicht gefragt zur Verherrlichung der bestehenden Wirtschaftsordnung. Auch sie ist ja überhaupt nichts Unveränderliches, nichts von Gleichbleibendes. Sie war im Jahre des Kriegsausbruchs etwas ganz anderes als ein paar Jahrzehnte zuvor, und sie wird, mögen die Widerstände der Interessenten und der Dogmenkläuber noch so groß sein, nach dem Kriege etwas ganz anderes sein als 1914. Vor allem: mit dem Problem der Wirtschaftskrisis, mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in einer Zeit, in der nicht Mangel an Arbeit, sondern Mangel an Arbeitern, Mangel an Menschen für die Wiederaufstellung des durch den Krieg verheerten und verarmten Europas, das Kennzeichen sein müßte, ringen auch wir. Und wenn wir die Summe unserer altwährigen Papiergeldübermehrung, die Zerrüttung unserer Finanzen und den Tiefstand unserer Wälua betrachten, so haben wir keinen Anlaß, uns unserer wirtschaftlichen Kraft zu rühmen. Auch wir müssen durch Anspannung aller Kräfte, durch Einsicht und Großherzigkeit noch immer die Rettung vor dem Chaos suchen. Aber davor sollten wir doch bewahrt bleiben, daß der Januskopf der einen und die Unvernunft der anderen uns nach der „Hölle von Daul“, durch die auch wir schon sechs Jahre lang gegangen sind, noch einmal zu Methoden führe, mit denen wir unfehlbar noch viel tiefer in den Jammer des Bürgerkrieges und der Wirtschaftszerrüttung kommen müßten — zu Methoden, deren Durchführbarkeit in Rußland selbst noch ganz ungewiss ist, von deren Wunderkraft wir in der heutigen furchtbaren Wirtschaftskrisis Rußlands wirklich nichts wissen, und die in unserem hochindustrialisierten, überentwickelten Lande noch ganz anders als in den Agrarländern Ungarn und Rußland das Elend steigern müßten, statt es zu heilen.“

**Zukunftsansichten des von Finnland erworbenen Petschenga-Gebiets.**

Das Stockholmer Blatt „Svenska Tidningen“ veröffentlicht die Schilderung eines Sachkundigen über das von Finnland neu erworbene Petschenga-Gebiet (Friebe mit Rußland), dem wir folgendes entnehmen: „Der Hauptreichtum des Landes besteht in Wäldern, die zum großen Teil im Besitz des Klosters Petschenga sind. Aber auch die Fischerei berechtigt zu bedeutenden Hoffnungen, da sie, in großem Maßstabe betrieben, auf einen Ertrag von etwa 160 Mill. finnische Mark jährlich geschätzt wird. Große Hoffnungen werden ferner auf die Erzlager in Kittla gesetzt, das nur 25 Meilen von Petschenga-Öfen entfernt ist. Endlich glaubt man, über Petschenga Oks und Kopsen aus Schwärzen einfließen zu können. Um den Reichtum des Landes auszubehalten, ist vor allem der Ausbau des Weges von Nounemi nach Petschenga erforderlich, wo sich bereits einige ausgemauerte Bahnanlagen befinden, die von Schiffen benutzt werden können. Die Hauptbedeutung des Dries liegt in seiner Eigenschaft als eisfreier Hafen. Später ist dann der Gedanke einer Bahn nach Petschenga ins Auge zu fassen.“ — Bekanntlich hat Rußland aus dem Petschenga-

Gebiet keine nennenswerten Vorteile zu ziehen gewußt. Die Finnländer werden als weit höher stehendes Kulturvolk Rußland schon beweisen, daß es nicht ohne Grund bei den Friedensverhandlungen auf die Abtretung dieses Gebiets mit so großem Nachdruck bestanden hat. Eine derartige Besitzveränderung ist jedenfalls noch mehr wert als Konzessionen, wie die russische Sowjetregierung dem auswärtigen Kapital anbietet, denn was man selbst besitzt ist sicherer als jede Nutzungsberechtigung in fremdem Lande.

**Selbstbestimmungsrecht im Kaukasus.**

Neutralisierung der kaukasischen Republik nach Schweizer Muster?

Dr. A. B. Mit der Auffstellung einer bolschewistisch-muselmanischen Front, die sich von dem Ostrand des Kaspischen Meeres über Transkaspien, Bucharä und Turkestan bis in das chinesische Gebiet hinein erstreckt, tritt Zentralasien nach jahrelangem Schlummer wieder als bedeutungsvoller Faktor in die Weltgeschichte ein. Das Selbstinteresse wendet sich Völkern und Völkern zu, die bisher kaum beachtet wurden, da ihnen weder politisch noch kulturell eine erhebliche Bedeutung beigegeben wurde. Anders liegt es mit der Bewegung, die seit dem Ausbruch der russischen Revolution durch die jüdischen Schwarzen und Kaspischen Meere gelegenen Kaukasus-Gebiete geht; denn diese haben immer, und selbst in den Zeiten der Unterjochung durch den russischen Zarismus oder die Türkenherrschaft, das politische Interesse Europas wachgehalten und mehr noch das kulturelle u. wissenschaftlich-ethnologisch Interesse, denn das Kernvolk des Kaukasusgebietes, das georgische, ist durch Jahrtausende Träger einer ausgeprägten nationalen Kultur von achtbarer Höhe gewesen, und zudem. Keinen der kaukasischen Völker, insbesondere die Georgier, der reinsten und edelsten Typus der weißen Rasse dar, von der ganz Europa sowie die amerikanischen und australischen Kolonialländer bevölkert werden. Die weiße Rasse wird daher auch schlechthin als die „kaukasische“ bezeichnet.

Alle Kaukasusvölker sind darüber einig, daß es auf dem ganzen Erdrund kaum ein Ethn Land gibt, das bei gleicher Größe soviel Schönheit aller Art der von irgendeiner Romantik bis zum lieblichsten Topf in sich vereinigt wie der Kaukasus. Und die Schönheit liegt nicht nur in der Natur des Landes und dem Klima, sondern auch bei den Menschen, insbesondere den Frauen. Darum war der Kaukasus und Georgia zumal in den wilden Zeiten der Berganarchie Hauptstützgebiet der kriegerischen Kriegerhorden, die auf Fremdenauszügen, denen aber auch sonst das reiche Land einen starken Anreiz zu überreichen Überfällen bot. Dazu kamen die religiösen Kriege, die der Islam gegen das seit fast anderthalb Jahrtausenden sich zum Christentum bekennende georgische Volk führte. Dieses stand schon im Altertum in enger Verbindung mit der griechischen und vordarwinischen Geistesbildung, übernahm daher die christliche Lehre, deren Biene ja in Vorderasien Land, aus eigenem Antrieb ohne die Einwirkung von Missionen und verlebte sie mit der äßen Energie einer überzeugten und sittlichen Rasse. Zugleich machte sich in diesen Glaubenskämpfen auch der Nationalgeist, der eine eigene, keineswegs vom Klerus beherrschte, Kunst, Literatur und Wissenschaft zuwege führte. Als der Niedergang des Islam dennoch die georgische Freiheit völlig zu vernichten drohte, begab man sich 1783 in den Schutz der von Norden vordringenden Russen. Aber der zwischen Zar Nikolaus II. von Georgien und Katharina II. von Rußland abgeschlossene Schutzvertrag wurde der Ausgangspunkt einer neuen Unruhe, denn die Beschäger wurden bald zu Unterdrückten. Im Jahre 1901 erklärte Alexander I. durch ein Manifest die Autonomie von Georgien, und mit der Freiheit des kaukasischen Kernvolkes war das Schicksal der übrigen kaukasischen Völker einmitleiden befestigt.

Aber die russische Revolution von 1917, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahne schrieb, bewirkte eine Schilderhebung aller Nationalitäten im kaukasischen Gebiet. Am 22. April 1918 wurde die „unabhängige transkaukasische Republik“ proklamiert, die vorzüglich georgische, tatarische und armenische Volksstämme umfaßte, aber bald in ihre drei rassenmäßigen Hauptteile auseinanderfiel, so daß am 28. Mai die Unabhängigkeit Georgiens erklärt wurde. Auch die übrigen Stämme erklärten ihre Unabhängigkeit auf eigene Hand. Es bil-

deten sich: eine Republik Aserbeidjan mit der Hauptstadt Baku, eine Republik der daghestanischen Bergvölker mit der Hauptstadt Dərbent und einige kleinere Staaten in dem Gebiet, das die Türken auf Grund des „unabhängigen“ vollen Vertrages von Brest-Litovsk bezieht hatten. Voraussichtlich wird die weitere politische Entwicklung im Kaukasus von dem Schicksal Georgiens abhängig, das nach wie vor den Kern kaukasischen Lebens bildet. Die Entente hat die Unabhängigkeit Georgiens bis her nur „de facto“ anerkannt, aber nicht „de jure“, was seine sehr heroische Leistung ist, denn daß Georgien „faktisch“ unabhängig ist, kann nicht bestritten werden. Wenn noch halbwegs Vernunft und Gerechtigkeit oder auch nur eine Spur von gutem Willen zum Aufbau des Weltfriedens bei den Großmächten vorhanden ist, dann müßten diese die nationale Landesart der kaukasischen Völker dazu benutzen, um ganz Transkaukasien staatsrechtlich zu einer asiatischen Schweiz umzubilden, und durch Inställierung eines völlig neutralen Staatengebildes von hoher Kultur auf einem für den Frieden der Welt höchst gefährlichen Gebiete zwischen Rußland, Persien und der Türkei einen Wall schaffen, an dem die wilden Bogen der Kriege- und Eroberungssucht sich brechen.

Die Schönheit und der Reichtum Transkaukasien bieten eine absolute Gewähr für die Lebensfähigkeit einer asiatischen Schweiz. Das Land bringt nahezu alles hervor, dessen es selbst bedarf, und vieles, was im Weltmarkt von großem Belang ist. Es gedeihen dort tropische und nordische Früchte, Wein, Tabak, Baumwolle. Die Viehzucht steht in hoher Blüte. Die Wege entfallen fast alle wertvollen Metalle, die Industrie ist rege, die Wissenschaft modern, die Sitten können in vielem Betracht für das ganze verilderte Europa vorbildlich sein. Der Freieitsinn des Volkes ist gewaltig, aber nicht gewalttätig, sondern wird durch Besonnenheit und abwägende Klugheit gegügelt. Die nationale und religiöse Toleranz ist eine unbegrenzte. Der Einwanderung Fremder ist der Georgier wohlgenügt, insbesondere wird der Zugang von Handwerkern, Technikern und Bandleuten begünstigt. Das Klima ist in den meisten Bezirken des Landes gesund.

Am dem Kaukasus kann der bisher völlig unfruchtbar gebliebene Völkerring seine kulturelle Kraft u. seine politische Kraft erweisen. Fragt sich nur, ob bei dem hohen Nat in Paris Vernunft, Gerechtigkeit und guter Wille vorhanden sind. („Welt-Scho“.)

**Zur Möglichkeit der Schaffung nationaler „Temis“ in unsern Kolonien.**

(Schluß.)  
Nach vorstehender Darlegung lo men wir die Frage, ob wir wohl unter eigenen Selbstverwaltungen (nationale Temis) bekommen werden, jedenfalls getrot in bejahendem Sinne beantwortet. Dafür spricht die Konstitution, dafür sprechen auch die Punkte 6 u. 7 des „Eitwaßes“ über die Landhaftigkeit der Selbstverwaltungen. Alle unsere Kolonien (Katharinenfeld, Ostafrika, Mariannefeld, Alexandersdorf, Mecklenburg, Traubenberg) mit Ausnahme von Demarkens, Jakobitz u. Gergel hatten bisher ihre eigenen Dorfverwaltungen, bildeten für sich allein selbständige Dorfgemeinshaften („Gemeinshafte“), fanden kulturell höher als die anderen und führten eine Wirtschaftsweise, die sich wesentlich von der der Kolonien unterscheidet, so daß auch von einem wirtschaftlichen Zusammenhang, von gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen (Bewässerungsanlagen u. dgl. m.) nicht die Rede sein kann. Den Kolonien ihre eigene innere Selbstverwaltung verweigern wollen, hieße nichts anderes, als ihnen fernere Entwidlungsgang hemmen und zurückhalten. Stillstand aber bedeutet ja für ihren Untergang. Das kann, das wird niemand wünschen. Sogar die Deutschen der Stadt Tilsit könnten zur Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten eine Temi bilden und weiterhin dann ihre Vertreter in den Stadtrat entsenden. Freilich muß eine Temi auf ein Budget haben. Da aber den Temis zu ihrem Unterhalt von allen Staats-einkünften bereits 10% zuzufügen, so kann man, da die deutschen Dorfgemeinden schon jetzt über ein teilweise recht großes eigenes Budget verfügen, das ihnen ermöglicht, ohne Hilfe der Regierung die Mittel zum Unterhalt der Schulen, Kirche usw. zu beschaffen, ganz ruhig entnehmen, daß diese Temis (im Grunde genommen nichts anderes als etwa unsere bisherigen Schulgemeinden) freizügig sein

und in allerhöchster Weise weiterhin das Ihrige zur Erhaltung unserer Eigenart, zur Förderung aller Zweige auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens beitragen werden. Etwas schwerer kann sich die Sache in unsern kleinen Kolonien (Dzarskän, Georgskal, Tschelbi) gestalten. Aber auch da ließe sich vielleicht ein Ausweg in der Weise finden, daß diese Distrikte nicht eine kleine, sondern eine kleine Landeshauptstadt bilden. Wie diese deutschen Trupps konnten sich dann zu einem nationalen Verband, wiederum in den Grenzen und auf den Grundlagen der Verfassung und der Gesetze, vereinigen, an dessen Spitze als Hüter und Wächter der deutschen Interessen, als Förderer der Wohlfahrt in unsern Distrikten der Nat. Rat stehen würde. Wenn nun dem Nat. Rat als der Vertretung des ganzen Deutschlands\*) in der Organisation zur Verteidigung der kulturell-aufführenden Bedürfnisse aus den Staatsmitteln Zuschüsse angewiesen würden und wenn der Nationalrat außerdem — was sehr wahrscheinlich ist — die zum Verlehen stehenden Bürger nach zu einer freiwilligen Beherrschung heranziehen und mit Hilfe dieser Geldmittel dann in das deutsche Leben in jeder Hinsicht (Politik eingeschlossen) eingreifen könnte, dann hätten wir, was schon längst von vielen angebahnt wurde, nämlich: kulturelle Autonomie. Ob nun die Nationalräte staatliche Rechte bekommen oder nur eine private Einrichtung sein werden, diese Frage bleibt einstweilen offen. Aber so oder anders wird man in Zukunft noch mehr, als das jetzt geschieht, mit einem Nationalrat und seiner Beratung, als der Willensäußerung einer nationalen Minorität, rechnen, und seine Bedeutung ist, auch wenn man von seiner Arbeit zu viel nicht viel sieht, hat zu unterschätzen. — Zum Schluß will ich noch bemerken, daß es unsere wichtigste Aufgabe sein muß, für die Schaffung von nationalen Trupps den Boden vorzubereiten, um, sobald die Konstitution und andere diesbezügliche Bestimmungen angenommen sind, sofort bei den zuständigen Behörden eine Eingabe im Namen aller Kolonien zu machen. — Was dahin aber haben wir, jedenfalls das Recht, und in Sachen der Einrichtung unserer inneren Verwaltung jedwede Einmischung, von welcher Seite sie auch kommen, mag, zu verhindern. Wir erklären, daß wir uns nicht abschießen, daß wir keine chinesische Kaiser um uns haben wollen. Nein, in friedlicher Arbeit wollen wir, Hand in Hand mit unsern Nachbarn und mit allen Bürgern des Landes, an dem Aufbau und der allgemeinen Wohlfahrt der Republik mitwirken. Im übrigen aber wollen wir aufs entscheidende das verlangen, was uns auf Grund des allgemeinen Menschenrechtes, ganz besonders in einem demokratischen Staate, zukommt: das Recht, bei uns soweit dies den kulturellen Interessen nicht schadet und zuwiderläuft, alles zu eintreten, wie wir es für uns am besten finden.

**Aus dem deutschen Leben**

**Tiflis**

Der Vorstand des Evangelisch-Lutherischen Frauenvereins ist beschuldigt, nicht seine Pflicht, daß am 23. Februar (Mittwoch), um 5<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags, die Jahresversammlung im Deutschen Realgymnasium stattfinden soll, und bietet ungebührlich zahlreichem Besuch, in diesem Jahre neunzehnten des ganzen Vorstandes übersehen.

**Zur Tätigkeit des Deutschen National-Rats in Georgien.**

Der Rat, erhielt auf der Tagung der Delegierten-Versammlung des Deutschen Nationalen Verbandes in Georgien am 17.-19. Dez. 1920 vom Vorsitzenden des Deutschen Nat. Rats in Georgien P. Bahl

(3. Fortsetzung.)

Tiflis. — Für eine ganze Anzahl Personen, die teils aus Georgien nach Oberkaspien, teils umgekehrt von dort hierher ziehen wollen, mußten Passierscheine bestellt werden, wobei ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter immer eine gewisse Garantie bezüglich der Zuverlässigkeit

dieser Personen übernehmen mußte. — Bereits erfolgte Besuche zu Ausweisungen aus der Republik und Inhaftierungen wurden nach Klarstellung des wahren Sachverhalts rückgängig gemacht. — Auf Bitten des Ziviller-Ev.-Luth. Frauenvereins wurden vom Nat. Rat Schritte getan, um für die Insassen des Siegenheims billiges Brot zu beschaffen. Diese Bemühungen waren leider erfolglos. Sowohl das Verlegungsministerium, als auch die Verlegungsbauabteilung des Staatsrats haben unter Diesbezüglichen Besuch rundweg abgelehnt. — Viele Kaufleute und Gewerbetreibende bereitete die Quartierfrage des Gymnasiums, wofür zwei Familien aus Nahrungsmitteln ausgegliedert werden sollten, die für letztere unumgänglich nötig waren. Mehr Kräfte und Verdruß als diese Angelegenheit hat mir keine Sache während meines Aufenthalts in der Stadt bereitet. — Noch mehr und größere Enttäuschungen brachte die Frage der Unterbringung des Deutschen Kooperativs, — das jetzt in einem engen und feuchten Kellerraum untergebracht ist, — in den der deutschen Gemeinde gebühren, jetzt aber von dem Verband der Invaliden bestreiten Magazins. Eben liegen die Dinge so, daß vielleicht alle weiteren Bemühungen einem Kampf gegen Windmühlen gleichen werden. Und doch war im Interesse aller Deutschen in Georgien zu wünschen, daß sich das Kooperativwesen in allen Kolonien entwickle. Ein Zusammenstoß und womöglich ein Aufbruch aller Konsumisten und sonstiger Geschäftigen an das Kooperativ in Tiflis sowie die Schaffung einer Zentralenanstalt in der Stadt böte die größten Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Ortsgruppen, und wäre damit zugleich eine Einnahmequelle geschaffen, die zum Unterhalt verschiedener gemeinschaftlicher und gemeinnütziger Organisationen usw. genügend Mittel abwerfen würde. Vorhergehend sollte ein jeder, auch unser Delegierter sollen es nach ihrer Rückkehr in die Kolonien, unter Unterstützung aller persönlichen Interessen u. Berechnungen für diese Ideen Propaganda machen, bis eine andere Überzeugung bei den Leuten klar gestellt. Leicht ist es nicht, alle unter einen Hut zu bringen, denn es gibt, viele Vorurteile und ein dort gewissen Umständen bei eingewurzeltes Misstrauen zu beseitigen. Aber mit der Zeit konnten wir ein Unternehmen zustande bringen, dessen wir uns wahrlich nicht zu schämen brauchen; die materiellen Vorteile eines solchen würden es, ohne daß man immer wieder an die Dürftigkeit unserer Leiden in dieser Hinsicht ziemlich schwerfälligen Deutschen (Kolonisten) zu appellieren brauchte, ermöglichen, daß die Ersten, unser Nat. Rat, unserer Zeitung usw. nicht jeden Augenblick in Frage gestellt wäre und auch noch etwas für die Erhebung unseres Schulwesens und andre kulturelle Bestrebungen übrigbleiben würde. — Noch mehr Aufmerksamkeiten und Beachtung als dem Kooperativwesen, der Gründung von Versicherungs- und Sterbekassen usw. müßte wir dem Deutschen Realgymnasium schenken und zuwenden. Als ich im April 1919 zum erstenmal in der Schulkommission der Grund. Verf. über das Deutsche Gymnasium und seine Bedeutung nicht nur für die Deutschen, sondern für die ganze Republik berichtete, wurde im Gymnasium eine Kommission (im Bestande von 4 Personen, darunter auch ich) ernannt, die an Ort und Stelle alles in Augenschein nehmen und die nötigen Erkundigungen einziehen sollte. Nach weiteren Unterredungen mit dem Schulleiter des Direktors der Realgymnasiums wurde dem Gymnasium eine Unterstufung von 100 000 Rub. zugesagt mit der Bemerkung, daß die Regierung die Unterhaltungskosten ganz übernehmen würde, sobald die notwendigen Verhältnisse in dem Realgymnasium (geringe Schülerzahl usw.) beseitigt sein würden. Heute ist das Gymnasium infolge weiterer Bemühungen des Kirchenrats u. a. verstaatlicht. Und wenn es auch noch an vielen mangelt (kein physikalisches Kabinett, kein chemisches Laboratorium (im Vorhanden), so ist die Schranke halt wenigstens da. Nur hinein in diese Schule mit unsern jungen Leuten aus den Kolonien? Wir brauchen Männer und Frauen mit Bildung. Ich habe es in der letzten Zeit schwer empfunden, daß es uns auf den verschiedensten Gebieten an geeigneten Persönlichkeiten fehlt. Wir haben in unsern Kolonien keinen einzigen eigenen Arzt, keinen Pastor, keinen Juristen, keinen Agronomen, keine Gemeindeführer und nur eine verschwindend kleine, lange nicht genügende Anzahl von Lehrern. Unsere Kolonisten haben mit ihrer Fähigkeit und ihrem Fleiß in wilden, unentwickelten Gegenden Kulturen geschaffen, fragt man nach Weinbergen, Kellereien, Schnaps- und Roggenbren-

nereien — sie sind da! Aber wo sind die guten Schulen, wo sind die Gebildeten, die die geistige Führung übernehmen könnten? Bergleich beinahe nicht man sie! In dieser Hinsicht muß ein Nachdunkeln eintreten: Kolonisten, vergeht nicht das Gymnasium in Tiflis!

(Fortsetzung folgt.)

**Staatsbürgerkunde**

3. Geschlecht, Alter und Gesundheit der natürlichen Personen. — Das männliche und weibliche Geschlecht hat neuerdings in allgemeinen einander gleichgestellt. In privatrechtlicher Beziehung wird das weibliche Geschlecht demnach manderlei Beschränkungen unterworfen, dafür aber auch in gewissen Fällen mißbar berechtigt. Das ältere römische Recht sowie das ältere deutsche Recht beschränkte die Handlungsfähigkeit der Frauen in weitgehendem Maße, indem es dieselbe von der Zustimmung der Männer abhängig sein ließ. Eine Mittelstufe zwischen beiden Geschlechtern wird im Recht nicht anerkannt: Mütter und Erbverwalter sollen demjenigen Geschlecht zugerechnet werden, welches in ihnen vortritt. — Große Bedeutung hat die Verschiedenheit des Alters. Namentlich kommt in Betracht das jugendliche Alter, weniger das Greisenalter, jenes besonders als Grund der Befreiung der Handlungsfähigkeit. In dem jugendlichen Alter werden folgende Stufen unterschieden: 1) die Kindheit, welche die Zeit der Geburt bis zum vollendeten 7. Jahre umfaßt; 2) die Unmündigkeit oder Zeit der Geschlechtsreife, vom vollendeten 7. bis zum vollendeten 14. Jahre, beim männlichen Geschlecht, und vom vollendeten 7. bis zum vollendeten 12. Jahre beim weiblichen Geschlecht; 3) die Zeit der Minderjährigkeit, d. h. die Zeit bis zum vollendeten 20. Jahre (nach römischem Recht bis zum vollendeten 25. Jahre). Mit Ablauf dieser Zeit beginnt für beide Geschlechter die Volljährigkeit oder Geschäftsfähigkeit (majoritäre Personen, im Gegensatz zu den minoritären, den minderjährigen Personen). Die Rechte der Volljährigkeit können übrigens auch durch Reskripte der Regenten oder durch richterliche Verfügungen vorzeitig verliehen werden. Man spricht in diesem Falle von der Geschäftsfähigkeitserklärung oder Jahrgabung. Erforderlich ist dabei, neben einem bestehenden Ausweise über den Lebensstand, daß Personen männlichen Geschlechts bereits das 20., Frauen aber bereits das 18. Jahr vollendet haben (Das Deutsche Reichsgesetz vom 17. Februar 1875 etc.). Das Greisenalter ist nicht fest bestimmt, sondern beginnt bald mit dem 60., bald mit dem 70. Jahre. — Was den Zustand der Gesundheit angeht, so ist von rechtlicher Bedeutung namentlich die Störung der geistigen Gesundheit, die Geisteskrankheit (Dahimung), hauptsächlich als Grund der Ausschließung der Handlungsfähigkeit. Die verschiedenen Formen der Geisteskrankheit begründen eine Verschiedenheit der rechtlichen Behandlung usw. Dagegen ist von der Geisteskrankheit die Hohe Unmündigkeit der geistigen Kräfte, die Geistesschwäche, zu unterscheiden.

4. Religiöses Bekenntnis, Staatsangehörigkeit, Hausuntertanigkeit. — Was die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses angeht, so sind die ursprünglichen Nachteile, welche das römische Recht und insbesondere auch demselben die Befreiung der deutschen Kaiser über Kaiser und Apostolen (Arianer) und anderen ihrer bürgerlichen Rechtsstellung verband, durch den Westfälischen Frieden, die deutsche Bundesakte und durch das Reichsgesetz vom 3. Juni 1807 beseitigt worden. Ebenso sind auch das sogenannte Geleis beseitigt worden die Beschränkungen, welchen die Juden nach der Befreiung des kaiserlichen Reichs infolge ihrer bürgerlichen Rechtsstellung bis dahin noch unterlagen. Die Ungleichheit der Geleis zwischen Juden und Christen, welche das römische, auch das ruffische Recht anspricht und das frühere gemeine (deutsche) Recht festgehalten hat, ist bereits durch das Reichsgesetz vom 8. Dez. 1875 aufgehoben worden. Die Befreiung der Rechtsfähigkeit der Fremden, welche ich im früheren römischen Recht fand, hat schon im Justinianischen Recht fast alle Bedeutung verloren. Das heutige deutsche Recht kennt eine ungenügende Behandlung Fremder für das Privatrecht nur in ganz vereinzelten Anwendungen. Die weitgehende Beschränkung der Rechtsfähigkeit, welcher die Quasitoren nach dem älteren römischen Rechte unterlagen, ist gleichfalls bereits im Justinianischen bis zur Unkenntlichkeit zusammengeschwunden. Dagegen gilt noch im heutigen gemeinen Recht und erst recht im ruffischen Privatrecht der auf dem römischen und lateinischen Recht beruhende Satz, daß Kolonialpersonen vermögensfähig sind; was sie haben und erwerben, fällt zu das Kolonial.

Verlaggeber der Z. B. des Verbandes der transk. Deutschen, Verantwortlich für die Redaktion das Redaktions-

\*) мельчайшая земская единица.  
\*\*) Dem Nationalrat als solchen oder den einzelnen